



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES**  
1014 WIEN, Postfach 100

Wien, am 27. Oktober 1992

Bei Beantwortung bitte angeben

Zahl: 76.035/24-IV/11/92/L

Referent: Leimer

Kl.: 2403

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird

An das  
Präsidium des Nationalrates

1010 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	87-GE/19 PL
Datum: 29. OKT. 1992	
Verteilt	30. Okt. 1992 La

*L. Czerning*

Das Bundesministerium für Inneres übermittelt in der Anlage 25 Ablichtungen seiner Stellungnahme zu dem vom Bundeskanzleramt mit Rundschreiben vom 30. Juli 1992, Zl. 601.457/2-V/1/92, versendeten Entwurf des im Betreff näher bezeichneten Gesetzesentwurfes mit der Bitte um Kenntnisnahme.

25 Beilagen

Für den Bundesminister  
Szymanski

Für den Nationalrat  
der Außenminister

*[Signature]*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
1014 WIEN, Postfach 100

Bei Beantwortung bitte angeben

Zahl: 76.035/24-IV/11/92/L

Wien, am 27. Oktober 1992

Referent: Leimer

Kl.: 2403

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Verwaltungsgerichtshofge-  
setz 1985 hinsichtlich der Regelungen  
über die Säumnisbeschwerde geändert wird

An das  
Bundeskanzleramt

1014 W i e n

zu Zl. 601.457/2-V/1/92

Das Bundesministerium für Inneres nimmt zu dem im Betreff  
näher bezeichneten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

Zu § 27:

Die in Abs 1 vorgeschlagene Regelung wirft die Frage auf, ob  
tatsächlich eine isolierte Lösung für den Fall der Einholung  
eines Gutachtens des EFTA-Gerichtshofes durch einen unabhän-  
gigen Verwaltungssenat wünschenswert ist. Schließlich ist es  
durchaus denkbar, daß auch andere "oberste Behörden" Vor-  
fragentatbestände vorfinden, die ein Aussetzen der Verfahren  
bis zur Entscheidung der Vorfrage geboten erscheinen lassen.  
Es sollte daher geprüft werden, inwieweit nicht gleich eine  
umfassende gesetzliche Lösung des Problems der in Verfahren  
vor obersten Behörden auftauchenden Vorfragen in Angriff  
genommen werden kann.

- 2 -

Außerdem sollte Abs 1 im Hinblick auf die Punkte 18 und 26 der legislatischen Richtlinien 1990 einer Überarbeitung unterzogen werden; hiezu wird angeregt, die den unabhängigen Verwaltungssenat betreffende Regelung in einen eigenen Satz zu kleiden.

Mit dem vorgeschlagenen Abs 2 würde das bislang einheitliche System, wonach die Säumnisbeschwerde beim Verwaltungsgerechtshof eingebracht werden kann, wenn die entscheidungspflichtige Behörde binnen sechs Monaten in der Sache nicht entschieden hat, durchbrochen werden. Auch hier scheint eine isolierte Lösung nicht zielführend zu sein, weil bereits derzeit in verschiedenen Gesetzen kürzere Fristen für die Erledigung auch der "obersten Behörde" festgelegt sind (vgl. § 21 PaßG, BGBl. Nr. 422/1969, i. d. F. BGBl. Nr. 270/1992 <drei Monate>, § 75 KFG, BGBl. Nr. 267/1967, i. d. F. BGBl. Nr. 579/1991 <drei Monate>, § 5a Fremdenpolizeigesetz, BGBl. Nr. 75/1954, i. d. F. BGBl. Nr. 406/1991 <eine Woche>). Unter diesem Aspekt sollte eine generelle Regelung getroffen werden, die eine einheitliche Vorgangsweise für die Einbringung einer Säumnisbeschwerde in all jenen Fällen vorsieht, in denen der Materiengesetzgeber eine Entscheidungsfrist von weniger als sechs Monaten festgelegt hat.

Es wird gebeten, die bei der Erledigung eingetretene Verzögerung zu entschuldigen.

Für den Bundesminister  
Szymanski

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

